

Internationale Nachrichten

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **182 (2016)**

Heft 11

PDF erstellt am: **05.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Schweden

Zurück zur allgemeinen Wehrpflicht?

Im Jahr 2010 setzte das Königreich die Wehrpflicht aus. Zunehmende Rekrutierungsprobleme führten nun zu Unterbeständen in den Einheiten. Deshalb schlug eine Regierungskommission vor, ab 2018 die allgemeine Wehrpflicht wieder einzuführen und gleichzeitig auch auf Frauen auszuweiten. Der Schritt müsste vom Parlament abgesegnet werden, was aber im Zuge der aktuellen sicherheitspolitischen Wahrnehmung im skandinavischen Raum kein Problem darstellt. Der schwedische Verteidigungsminister Peter Hultqvist meint: «Wir werden einen Weg finden, unseren Nachwuchs besser, nachhaltiger und

spezifischer zu rekrutieren.» Es müssten pro Jahr etwa 4000 junge Schweden einberufen werden, um den aktuellen Bedarf sicherzustellen. Mit dem derzeitigen «Freiwilligenmo-

dell» werden 2500 Rekruten jährlich ausgebildet, was gemäss Berechnungen des Heeres ab 2020 zum Verschwinden der Reserve führt. Bereits jetzt fehlen 800 Gruppenführer (Vollzeit) und mehr als 6500 Reservegruppenführer. Schweden, welches sich im Rahmen von Partnership for Peace zusammen mit der NATO, aber auch im Rahmen der Vereinten Nationen an friedensfördernden Operationen im Kosovo, Mali, Afghanistan, aber auch alle drei Jahre als «Lead-Nation» in der EU-Battlegroup engagiert, würde die Teilnahme an solchen Einsätzen ab 2018 auch auf allgemein Wehrpflichtige ausweiten. Experten meinen, dass mit dem damaligen Schritt zur Freiwilligenarmee keine genügende Anzahl an brauchbaren Soldaten ausexerziert werden konnte. Heute brauche es gut ausgebildete und fähige Leute, welche nur mit dem vorgeschlagenen Modell gefunden werden.



Beginn der Grundausbildung beim «Amfibieregiment».

Bild: fb.com/forsvarsmakten

Schweden

Alle ARCHER aus einer Hand

Knapp ein Jahr nachdem das Königreich seine erste Lieferung des neuen ARCHER-Artillerie Systems erhielt, unterzeichnete die Försvarets Materielverk (Kriegsmaterialverwaltung) in Stockholm einen



BAE Bofors ARCHER. Bild: fmv.se

Vertrag für zusätzliche 24 Stück. Gemeint ist der aus der schwedisch-norwegischen Zusammenarbeit verbleibende Rest der Kanonen. Man könnte meinen, aus dem einstigen bi-nationalen Prestigeprojekt sei eine verzweifelte Rettungsaktion geworden. Denn die

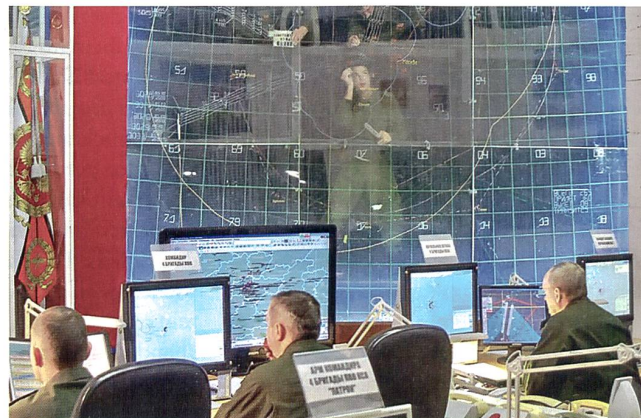
knapp 53 Mio. US-Dollar für diese zusätzlichen FH-77 ARCHER 6x6 Radartillerie-Systeme werden zu fast einem Viertel mit Budgetkürzungen bei internationalen Operationen (Peace-Support) finanziert. Die Verwendung in ebendiesen Einsätzen war eines der ursprünglichen (Ver-)Kaufargumente. Gemäss den neuen Beschaffungsplänen werden die überzähligen Einheiten aber nicht der Truppe übergeben, sondern sind hälftig für die Reserve geplant, respektive für den Verkauf vorgesehen. Obwohl bereits vor einem Jahr damit begonnen, hofft nun das in der nordschwedischen Garnison Boden angesiedelte 9. Artillerieregiment, bis Ende 2016 sämtlichen Systemen aus der ersten Tranche mindestens die «Initial Operation Capability» auszusprechen. Wann die volle operationelle Einsatzbereitschaft hergestellt sein wird und die Kanonen allen geforderten Spezifikationen entsprechen, ist derzeit nicht absehbar.

Russland

Luftabwehr an finnischer Grenze

Seit September stehen nun russische S-400-Luftabwehrsysteme an der finnischen Grenze. Zwei Triumph genannte Systeme wurden gemäss dem Sprecher des westlichen russischen Militärdistrikts, Oberst Igor Muginow, dem gemeinsamen Kommando der Luftwaffe und Fliegerabwehr im Leningrad Oblast unterstellt. Deren Reichweite umfasst die gesam-

te finnische Südküste und Teile des Baltikums. Grund genug, einmal mehr Russland böse Absichten zu unterstellen. Untermauert es doch damit die von Putin getätigten Drohungen an seinen Nachbarn hinsichtlich möglicher Annäherungen zum Nordatlantikpakt. Deshalb liess es sich der stellvertretende NATO-Generalsekretär Alexander Vershbow nicht nehmen, Finnland seine Unterstützung für den Fall eines russischen Angriffs



Russische Feuerleitzentrale.

Bild: englishrussia.com

auszusprechen. Noch immer wäre aber ein NATO-Beitritt Finnlands für Moskau ein sicherheitspolitischer Super-Gau. Insbesondere dann, wenn dieser nicht mit den anderen nordischen Ländern, allen voran Schweden, koordiniert wäre. In diesem Licht versuchte Finland kurz vor dem Treffen der EU-Verteidigungsminister Ende September in Bratislava, seine Sicht der zukünftigen

EU-Sicherheitspolitik zu beschwichtigen. Sie soll «pragmatisch» sein. Damit meint Finland, im Gegensatz zu Deutschland, Frankreich und Italien (alles NATO-Mitglieder), dass es weniger um Grossmachtambitionen, denn um situationsbezogene, lagegerechte und punktuelle Unterstützung von Einsatzverbänden bis Kampfgruppengrösse (Bataillon) oder Unterstützung von

Forschung und Entwicklung im Verteidigungssektor geht. Man könnte dies auch als Versöhnungsversuch (nach dem erst kürzlich mit den USA abgeschlossenen Gastlanabkommen) gegenüber Russland betrachten. Warum wurde nun die Verlegung der S-400-Batterien vom Westen als bössartiger Akt wahrgenommen? Ganz einfach, Russland will dies so. Deshalb versucht

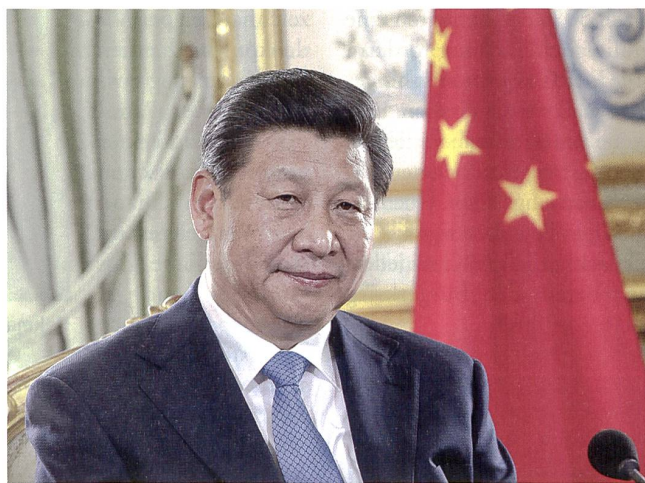
der finnische Verteidigungsminister Niinistö zu beruhigen: «Russland kündigte an, dass es Raketen auf die Kola-Halbinsel und auf die Krim schaffte. Das ist etwas völlig normales, die ersetzen einfach ihre alten S-300. So ist es nun eben auch bei den S-400, welche nun vor St. Petersburg stehen. Das zeigt lediglich, wie wichtig diese Stadt für Russland ist.»

China

Präsident Xi Jinping zementiert seine Macht

Um besondere Botschaften abzusetzen, nutzt Chinas Führung die Parteizeitungen. Nachrichten, die die ganze linke Spalte der Titelseite des KP-Organs «Renmin Ribao» («Volkszeitung») füllen, sind wichtig. Noch wichtiger sind sie, wenn sie von allen vier im Namen der Partei sprechenden nationalen Zeitungen in gleicher Aufmachung gedruckt werden: Neben der «Volkszeitung» sind das die Armee-, die Wirtschafts- und die «Guangming»-Zeitung für die Intellektuellen. Kürzlich veröffentlichten diese vier Blätter eine gleichlautende Laudatio auf den ehemaligen Präsidenten Hu Jintao. Ein geschickter Propaganda-Schachzug.

Peking feierte die Herausgabe von Hus «Ausgewählten Werken» mit 242 Reden und Schriften, die der heute 73-Jährige zwischen Juni 1988 und November 2012 verfasst hatte. Sie seien «eine grosse Sache



Staatspräsident Xi Jinping. Bild: Chinesisches Aussenministerium

für das politische Leben von Partei und Staat mit wichtiger aktueller und historischer Bedeutung». Hu habe den Marxismus chinesisch adaptiert und sei der «Schöpfer einer neuen Theorie zur wissenschaftlichen Entwicklung des Sozialismus».

Was hat das aber mit Xi zu tun? Die marxistische Weihe für seinen Vorgänger, der damit einen Platz im Olymp der Klassiker Chinas erhalten hat,

stärkt dem heutigen Partei-, Staats- und Armeechef den Rücken. Vorgänger Hu hat seine Werke selbst ausgewählt und bearbeitet. Aber der Beschluss ihrer Herausgabe wurde unter Leitung von «Generalsekretär Xi» gefasst, steht im Kommentar. Partei und Volk werden aufgefordert, sich «um Xi und die von ihm geführte KP-Zentrale eng und solidarisch zusammenzuschliessen». Mit anderen Worten: Es ist Xi, der be-

stimmt, was Kommunismus in China ist.

Mit harter Hand und Ideologie: Xi lässt nach aussen den neuen Zusammenhalt zwischen der alten und seiner neuen Führung demonstrieren, kurz vor einem der Parteidisziplin gewidmeten Plenum des Zentralkomitees. Er will dort die mit 88 Millionen Mitgliedern grösste Kommunistische Partei der Welt wieder «ideologisch in Reih und Glied bringen», neue Standards setzen, die Partei schlagkräftiger machen und ihre Mitglieder zur «absoluten Loyalität» verpflichten. Zugleich ordnet er eine radikale Umstrukturierung in der Armee an, lässt die Erziehung re-ideologisieren und verstärkt seine Antikorruptionskampagne.

P.S. Wenn man schon bei Parteizeitungen ist: Die Redaktion der innerparteilichen Reformzeitung «Yanhuang Chunqiu» ist nach 25-jährigen Bestehens aufgelöst worden und ihre Mitglieder wurden aus der Partei ausgeschlossen.

Kolumbien

Friede: Nichts als eine Chimäre?

Es ging alles so gut. Mit der Unterstützung Kubas und der Schweiz gelang es der kolumbianischen Regierung, einen Friedensvertrag mit der marxistischen Guerilla FARC zu

schliessen. Die FARC würde alle Kampfhandlungen und Entführungen aufgeben sowie sich entwaffnen lassen. Kolumbien würde im Gegenzug den FARC-Kämpfern eine Amnestie gewähren und für ihre Or-

ganisation zehn Sitze im nationalen Parlament reservieren. Aber dann kam das Referendum.

Und die Bevölkerung sagte im September 2016 überraschenderweise Nein zum Friedensvertrag. Die Gründe? Vie-

le Kolumbianer haben die Brutalität der FARC selbst oder im familiären Umfeld erlebt. Die Mehrheit der Bevölkerung hat ein sehr negatives Bild der FARC. Denn die Marxisten spalteten das Land, führten durch Terror, überschwemm-

ten das Land mit Drogen und versperrten die Entwicklung Kolumbiens. Und dann gibt es noch rechtsstaatliche Bedenken gegen die parlamentarische Vertretung der Organisation, ohne je gewählt worden zu sein.

Das Nein der Bevölkerung zum Friedensvertrag stellte den kolumbianischen Präsidenten Santos vor ein Dilemma. Soll er nun weiterhin den Weg des Konsenses wählen oder muss er die starke Hand zeigen. Der Friedensnobelpreis, der ihm kurz nach der Abstimmung zuteil wurde, hilft ihm nicht. Kolumbianische Medien und die Öffentlichkeit werteten dies als eine ungebührliche Einmischung aus dem Ausland in innere Anliegen.

So oder so wird die Zeit für Santos knapp. Der Waffenstillstand mit der Guerilla dauert nur bis Ende Oktober. Das Parlament muss bald wichti-

ge präsidiale Gesetzesprojekte beraten. Und der Friedensvertrag entfaltet bereits Wirkung in Lateinamerika und führte zu Nachahmungen in Chile und Paraguay. Diese beiden Länder schauen nun gespannt auf die Entwicklungen in Bogota.

Lokale Experten schätzen Santos als eine Person ein, die weiterhin auf Verhandlungen setzt und den Konsens sucht. Die Bevölkerung erwarte jedoch mehr als eine harte Hand. Einzelne Zeitungen berichten von Umfrageresultaten, wonach 50% der Befragten eine militärische Lösung fordern. Die FARC könnte sich hingegen wieder radikalieren. Einzelne Anführer haben die Regierung bereits zu weiteren Gesprächen eingeladen. Doch die gleichen Personen signalisierten auch, die FARC sei jederzeit bereit, den Bürgerkrieg weiterzuführen.



Vertragsunterzeichnung.

Bild: Screenshot YouTube

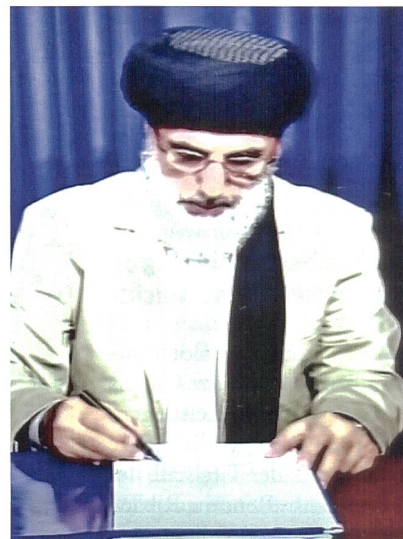
Afghanistan

Friedensvertrag unterzeichnet

Der als «Schlächter von Kabul» bekannte Kriegsfürst Gulbuddin Hekmatjar ist zurück. Diesmal nicht als Terrorchef – er wird unter anderem vom amerikanischen FBI auf deren Most-Wanted-Liste geführt – sondern als Friedensstifter. Ende September unterzeichnete er per Videokonferenz einen Friedensvertrag zwischen seiner Partei Hizb-al-Islami und dem afghanischen Präsidenten Ghani. Mitunter geht es um eine friedliche Zukunft im Land, ist das Abkommen doch das erste Dokument seiner Art seit dem

der vom Westen geführte Krieg gegen das Land im Jahr 2001 begann. In Kabul erhofft man sich, dass sich nun auch die Taliban dafür entscheiden, ihre Waffen niederzulegen. Obwohl die Hizb-al-Islami als die zweitgrösste Organisation (nach den Taliban) ihrer Art bekannt ist, hat sie in jüngster Zeit wenig bis gar keinen Einfluss auf die Ereignisse im Land. Per Videobotschaft zeigte sich Hekmatjar nun von

seiner besten Seite und meinte: «Er ruft alle Lager dazu auf, sich am Friedensprozess zu beteiligen und ihre Ziele fortan ohne Waffengewalt einzufordern!» Er hoffe zudem, dass



Hekmatjar signiert per Videokonferenz.

Quelle: Youtube ToloNews Live Stream

der Tag kommen möge, an dem sich sein Land ohne fremde Truppen und Einfluss ganz in Frieden wähen könne. Hekmatjar, welcher unter anderem wegen permanenten Kriegsverbrechen seit der Zeit der sowjetischen Belagerung gesucht wird, hält sich offenbar derzeit im pakistanischen Exil auf. Ihm wurde im Zuge der Vertragsunterzeichnung Straffreiheit in Afghanistan versprochen.

Nordkorea

Nuklearwaffen bereit – sagt Nordkorea

Trotz mehrerer Sicherheitsrats-Resolutionen hat Nordkorea in der UN-Vollversammlung erklärt, seine Truppen weiter nuklear aufzurüsten. Das Land sei jetzt schon eine Atommacht und könne sich so gegen «Drohungen der USA» verteidigen. Nuklearbomben stünden zum Einsatz bereit.

Gleichzeitig erschien eine Medienmitteilung der nordkoreanischen Botschaft in Russland: «Das ist der Ausdruck der Zuversicht darüber, dass das Land im Grossen und Ganzen die Erforschung und die Entwicklung von eigenen Atomwaffen vollendet hat.»

Die Medienmitteilung stellt weiter fest: Im letzten Test seien die Eigenheiten der Anlage, die Wirkung, die technischen

Merkmale sowie die Stärke eines normierten, standardisierten Atomsprengkopfes für strategische ballistische Raketen der Artillerie «Hwasong» strategischer Truppen Nordkoreas endgültig geprüft worden. «Dies gab Nordkorea die Möglichkeit, die Technologie der Herstellung und des Einsatzes verschiedener spaltbarer Stoffen komplett zu beherrschen sowie kleine, leichte, verschie-

denartige Atomsprengköpfe mit einer stärkeren Schlagkraft für verschiedene Zwecke nach eigener Wahl mengengerecht zu bauen.»

Nach zwei Atomtests im Jahr 2016 und fünf insgesamt, ist nun auch Südkorea der Ansicht, das nordkoreanische Beherrschen der waffenfähigen Nukleartechnologie könne nicht ausgeschlossen werden.

Indien

Indien greift Kämpfer in Pakistan an

Die indische Armee hat nach eigenen Angaben Ende September Stellungen von «Terroristen» im pakistanischen Teil Kaschmirs angegriffen. Möglicherweise handelt es sich um eine Reaktion nach dem Anschlag auf eine indische Militärbasis in Kaschmir. Dabei waren 18 Soldaten getötet worden.

Im indisch-pakistanischen Grenzgebiet ist es zu einem neuen Zwischenfall gekommen: Die indische Armee hat offenbar Kämpfer in Pakistan angegriffen, die womöglich in den indischen Teil der Himalaja-Region Kaschmir eindringen wollten. Die indische Seite bestätigte lediglich, dass sie

eine Operation im pakistanischen Teil des geteilten Kaschmir durchgeführt habe.

Ziel der Spezialeinheiten seien Terrornester gewesen. Aus Armeekreisen heisst es, «mehr als 30 Terroristen» seien getötet worden. Die Soldaten hätten sechs Ziele angegriffen, die bis zu zwei Kilometer auf pakistanischem Gebiet gelegen hätten. Zudem habe die Armee aus Sorge vor einem Gegenanschlag Dörfer auf der indischen Seite entlang der Waffenstillstandslinie in Kaschmir evakuiert.

Die Regierung in Islamabad bezeichnete die indischen Dar-



Die «Grenzlinie» in Kashmir.

Bild: NTV

stellungen als «Illusion». Es habe keine Angriffe auf pakistanischem Gebiet gegeben, sondern lediglich Schüsse über die Grenze hinweg.

Indien und Pakistan sind seit ihrer Staatsgründung 1947 verfeindet. Sie haben bereits

mehrfach Krieg gegeneinander geführt. Meist ging es dabei um das ehemalige Fürstentum Kaschmir, das zum Teil zu Indien und zum Teil zu Pakistan gehört. Beide Länder beanspruchen das gesamte Gebiet für sich.

Armenien

Ballistische Marschflugkörper aus Russland «eingetroffen»

Die aus russischer Produktion stammende ballistische ISKANDER-M-Kurzstreckenrakete ist seit Mitte September nun in Armenien stationiert. Dies zeigen entsprechen-

de Bilder der Militärparaden in Jerewan anlässlich der Feiern zum 25. Unabhängigkeitstag.

Somit ist Armenien der erste Exportkunde und verfügt wohl über vier Startfahrzeuge (mit je zwei Raketen) und entsprechende Munitionstransporter. Die Beschaffung er-

folgte im Rahmen des Militärbündnis der OVKS (Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit), welches den Partnern grosse Preisnachlässe auf Rüstungsgeschäfte garantiert und einem etwa 200 Mio. US-Dollar grossen Rahmenkredit für Kriegsmaterial seitens Russland. Der Grund für

die ballistische Aufrüstung? Mit den ISKANDER-Raketen schafft sich Armenien einen massiven Vorsprung gegenüber seinem Rivalen Aserbaidschan. Beide stehen sich im Bergkarabach-Konflikt (offiziell immer noch Teil von Aserbaidschan) seit mehr als 28 Jahren gegenüber. Nachdem heuer im April in der Region die heftigsten Kämpfe seit Jahren während weniger Tage stattfanden (insgesamt ca. 200 gefallene Soldaten, abgeschossene Helikopter und Panzer), wird das armenische Aufrüsten als Machtdemonstration betrachtet. Entsprechend drohte der Gegner in Baku mit Vergeltungsschlägen. Aserbaidschan nahm aber, wohl im Wissen um die armenischen ISKANDER-Raketen, in diesem Frühjahr klar Abstand vom Einsatz von Artillerie auf strategische Ziele und grössere Truppenkörper.



Iskander Munitionstransporter am Defilee in Jerewan.

Bild: mil.am

Pascal Kohler,
Henrique Schneider